Wollen wir freie Schweizer bleiben?

Von a/Bundesrat Dr. Christoph Blocher Auszug aus der 1.-August-Rede 2018

Die Schweiz ist – wenn wir hinaus in die Welt blicken – wie man sagt: «In guter Verfassung». Schön, immer wieder zu hören: «Mir händ's doch guet!»

Warum ist die kleine Schweiz eigentlich nicht untergegangen in den letzten 727 Jahren?

Der Grund muss in etwas Besonderem liegen! Was ist denn das Besondere? Wer Ohren hat, der höre. Und wer Augen hat, der sehe – und der wird feststellen:

Der Erfolg ist eindeutig auf die Besonderheit des Landes zurückzuführen. Es ist der Sonderfall Schweiz.

Aber was ist denn da so besonders – im Vergleich zu anderen Staaten?

Die Schweiz achtete seit 727 Jahren eifersüchtig auf ihre Eigenständigkeit, ihre Unabhängigkeit und ihre Freiheit. Hier auf diesem kleinen Teil der Welt, wollen die Schweizer und nicht ausländische Politiker und Experten das sagen haben!

Das heisst konkret: Wir wollen keine fremden Richter, keine fremde Obrigkeit haben! 1848 raffte sich die Schweiz dazu auf, von allen Mächten unabhängig zu sein und unabhängig zu bleiben, weltoffen zwar, aber ohne sich einbinden zu lassen. Das ist heute noch so geschrieben in der heutigen Bundesverfassung, auf die die Politiker den Amtseid ablegen!

Zum Sonderfall gehört auch die «dauernd bewaffnete Neutralität», um nicht in Kriege gezogen zu werden.

Direkt demokratisch, damit der Bürger und nicht die Politiker im Mittelpunkt stehen.

Dieser Sonderfall wurde nicht ohne Drohungen seitens anderer Staaten verwirklicht.

Nein, der Druck auf die Schweiz war schon damals stark.

Druck auf die Schweiz ist der Normalfall in der Schweizer Geschichte.

Dieser Druck ist auch heute unverkennbar vorhanden – komme er von der Europäischen Union, von internationalen Organisationen, von den USA usw.



Dieser Druck braucht nicht zu beunruhigen, solange die Kraft zum Widerstand vorhanden ist. Aber – so fragen viel besorgte Bürger – ist diese Kraft zum Widerstand heute noch da?

Bedrohungen der heutigen Zeit

Jede Zeit kennt ihre besonderen Gefahren. Oder ihre «Arglist der Zeit», wie es im Bundesbrief heisst. Jede Zeit hat ihre – oft selbsternannten – Vögte, welche die Macht an sich reissen möchten. Obrigkeiten neigen dazu, zum Nachteil von Volk und Land ihre eigene Macht auszudehnen. Es winken Ansehen, Ruhm, Ämter, Geld und vielerlei mehr!

Oft nennen sich die modernen Vögte «Visionäre», «weltoffen» oder «vorwärtsgewandt». Aber sie rauben den Menschen nur allzu oft ihre Selbstbestimmung, ihre Freiheit.

Es ist unverkennbar, dass heute Regierende in der ganzen Welt nach Grösse streben.

Sie möchten überall da, wo Ansehen, Glanz der Macht winken, dabei sein. Unsere Regierenden machen da keine Ausnahme – leider!

Weil die Bürger und Bürgerinnen ihnen oft gewisse Schranken auferlegen, um damit internationale Abkommen zu verhindern, begrenzen sie hinterrücks die internationalen Gesetze, die vom Volk gesetzten Gesetze «überzuordnen».

Mögen sie noch so gepflegt, gebildet, sanft und wohlwollend ihr «übergeordnetes Recht» verkünden, es ist genau das Gegenteil von dem, was in der Geburtsstunde der Eidgenossenschaft geschworen wurde.

Inhalt

- 1 Wollen wir freie Schweizer bleiben?
- 3 Wettbewerb
 - Linke für Selbstbestimmung
- 4 Welthandelskonflikt: Wir müssen unsere Karten spielen und standhaft bleiben
- 5 Tempo 140 auf Berner Autobahn: Junge SVP fordert Pilotversuch!
- 6 Fernes Finnland
 - SolarWorld erneut pleite
- **7** Die SVP muss wachsen!
- 8 Pikom News
- 9 Das ideale Geschenk
- **10** Buchvorstellung
- 11 JSVP Politcamp 2018
 Leserbriefe
- **12** Der Staat und die Moral Politichese
- 13 Veranstaltungshinweise der JSVP-Kantonalsektionen
- 14 Vorsicht Insekten: 20'000 Unfälle

 Das waren noch Zeiten
- **15** Vor 50 Jahren: Ende des «Prager Frühlings»
- 16 Kaktus und Rose

Man nennt dieses fremde Recht internationales Recht. Am liebsten redet man von «Völkerrecht», als hätten es alle Völker demokratisch eingesetzt. Schon der Name ist ein Schwindel. Wer dieses Recht setzt, weiss man nicht genau. Nur eines weiss man: Vom Schweizer Volk selber ist dieses Völkerrecht sicher nicht gesetzt worden!

Sicher gelten alle Schöpfer als ehrenwerte Leute! Aber eben, es sind nicht die «Landsleute», wie sie 1291 genannt wurden. Es sind nicht die schweizerischen Landsleute als die, die heute noch gültige Bundesverfassung als den schweizerischen Gesetzgeber bezeichnet.

Seit wenigen Jahren haben Regierung, Parlament und sogar einzelne Bundesrichter still und leise die Volksrechte leichtfertig durch sogenanntes übergeordnetes Recht ersetzt. Meine Damen und Herren, das ist die Abschaffung der direkten Demokratie. Gesetzgeber werden irgendwelche ausländischen Gesetzestechnokraten Das - meine Damen und Herren - das ist gegen «Land und Lüüt», gegen die eigene Bundesverfassung. Das hat Folgen: Es schränkt unsere schweizerische Freiheit ein. Es schiebt die Schweizer Bürger, die Frauen und Männer des schweizerischen Alltags beiseite. Die Sorgen der Bürger, ihr Wille, ihr Wohlbefinden sind nicht mehr Wegleitung. sondern ausschliesslich der Eigennutz.

Eine Mehrheit in Bundesrat und Parlament sind heute bereit, die Forderung der EU zu erfüllen und einen Vertrag abzuschliessen, gemäss dem die Schweiz verpflichtet wird, in Zukunft fremdes Recht - d.h. EU-Recht - zu übernehmen und fremde Richter - den EU-Gerichtshof - zu akzeptieren.

Das, meine Damen und Herren, ist die Lahmlegung und Umgehung der Stimmbürger und ist der schleichende Weg in die EU! Das bedeutet das Ende der schweizerischen Freiheit, das Ende des Sonderfalls und das Ende unseres bewährten Weges.

Kurz: Das bedeutet das Ende der 727-jährigen Eidgenossenschaft.

«Hütet Euch am Morgarten»

Meine Damen und Herren, erinnern wir uns an jene mutigen Eidgenossen, die wenige Jahre nach dem Rütlischwur, vor den fremden Habsburgern warnten, die die Unabhängigkeit der Schweiz rückgängig machen wollten. Sie warnten, indem sie die Botschaft: «Hütet euch am Morgarten» durch einen Pfeil sandten, und so den Sieg der Eidgenossen ermöglichten.

So meine Damen und Herren, ist dem Schweizer Volk auch heute zuzurufen:

«Hütet Euch! Vor stillen Vögten auf leisen Sohlen!»

Ja, vor was konkret sollen wir uns hüten?

Eine Mehrheit in Bundesrat und Parlament ist heute bereit, die Forderung der EU zu erfüllen und einen Vertrag abzuschliessen, gemäss dem die Schweiz verpflichtet wird, in Zukunft fremdes Recht - d.h. EU-Recht - zu übernehmen und fremde Richter - den EU-Gerichtshof - zu akzeptieren, ohne das die Schweizer Bürger und Bürgerinnen noch etwas zu sagen haben. Nein, meine Damen und Herren, bleiben wir dem Bundesbrief treu: Wir wollen keine fremden Richter haben.



Dieser Knechtschaftsvertrag wäre die Lahmlegung und Umgehung der Stimmbürger und der schleichende Weg in die EU! Das bedeutet das Ende der schweizerischen Freiheit, das Ende der schweizerischen Sicherheit, das Ende des Sonderfalls Schweiz und das Ende unseres bewährten Weges.

Das gilt es zu verhindern

Meine Damen und Herren. Nein. Das gilt es zu verhindern. Ich rufe Sie auf, dem gefährlichen Treiben entgegenzuwirken.

Schon diesen November können Sie mit der Selbstbestimmungsinitiative dafür sorgen, dass unser eigenes Landesrecht wieder über dem internationalen Recht steht. Wie es bisher selbstverständlich war. Wir dürfen dieses Jahr in Dankbarkeit 727 Jahre die schweizerische Freiheit und Unabhängigkeit feiern. Wir sind aber auch - meine Damen und Herren und meine verehrten Mitlandsleute - gleichzeitig aufgerufen, den Geist der Freiheit in der Zukunft zu wahren. In Dankbarkeit wollen wir dies feiern, aber auch in der festen Entschlossenheit, dass dies so

bleibe! Damit wir auch in Zukunft wie unsere Vorfahren sagen können: «Herrgott, ist es schön, ein Schweizer zu sein.»

Damit wir frei bleiben und damit auch in Zukunft in ehrlicher Überzeugung unsere Landeshymne singen können: «Betet, FREIE Schweizer, betet!»

Oder, mit Gottfried Keller gesprochen: «Dieses Land ist eben recht, Ist nicht zu gut und nicht zu schlecht, Ist nicht zu gross und nicht zu klein, Um drin ein FREIER Mensch zu sein.»





Wettbewerbsfrage:

Amden. Blick auf den See von der Amdenstrasse gegen Südosten. Der Berg links im Bild markiert den Beginn der 1000 m hohen Churfirsten-Wand. Bild: Lub. T. Winnik

Wie heisst der See?



Zu gewinnen: 3 Eintritte in den Zoo Zürich von Pierre Juchli, Vorstandsmitglied PIKOM sowie diverse aktuelle Bücher von Janosch Weyermann, Vorstandsmitglied PRO LIBERTATE.



Benutzen Sie den Talon auf Seite 16 oder senden Sie die Lösung via Mail an idee@jsvp.ch

Auflösung Wettbewerb DIE IDEE 2/18

Die Frage war: Um welchen Schweizer See handelt es sich hier?



Auflösung:

Es handelt sich um den Marmorerasee, ein Stausee im Kanton Graubünden. Es gab nur drei richtige Antworten.

Je einen Eintritt in den Zoo Zürich gewinnen: Peter Däppen, Thun / Fränzi Ruef, Oberried / Elisabeth Pfister, Birmenstorf



Linke für Selbstbestimmung

Von Peter Keller, Nationalrat, 6052 Hergiswil NW

Bundesrat und EU wollen unseren Lohnschutz schleifen. Linke Politiker wie Paul Rechsteiner und Micheline Calmy-Rey fordern, dass Schweizer Recht über europäischem Recht steht. Genau das will die Selbstbestimmungsinitiative der SVP.

Die Frage ist einfach: Wollen wir in der Schweiz selber bestimmen? Oder uns von aussen vorschreiben lassen, was wir zu tun haben? Aktuelle Beispiele zeigen, wie stark unsere Selbstbestimmung unter Druck ist.

Der Bundesrat, FDP, CVP und SP wollen ein «Rahmenabkommen» mit der EU. Sie sagen, wir brauchen ein geregeltes Verhältnis. Das sei wichtig für die Wirtschaft. Ein Rahmenabkommen heisst aber nichts anderes, als dass die Schweiz künftig automatisch EU-Recht, EU-Vorgaben, EU-Beschlüsse übernehmen müsste. Und wenn es einen Streitfall gibt, entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH) - und wir haben zu parieren.

Die EU hat bereits durchblicken lassen, dass sie der Schweiz verbieten will, kriminelle EU-Bürger wieder in ihr Heimatland auszuschaffen. Wir dürften also keinen französischen oder rumänischen Gewalttäter zurück nach Frankreich oder Rumänien schicken.

Wenn die EU will, dass wir auch in der Schweiz 60-Tönner-Lastwagen zulassen wie in Deutschland, dann nützt uns keine Volksabstimmung mehr. Die EU befiehlt.

Wenn die Schweizerinnen und Schweizer strengere Tierschutzvorschriften für importiertes Fleisch wollen, dann kann die EU nur mit dem Kopf schütteln und sagen: Die EU-Richtlinien

Auch die Diskussion um den Lohnschutz lieferte einen Vorgeschmack, was es heisst, sich der EU zu unterstellen. Brüssel verlangt, dass Firmen aus der EU schneller und einfacher Aufträge in der Schweiz wahrnehmen dürfen. Selbstverständlich kommen diese ausländischen Firmen dann mit ihren Angestellten, die für weit weniger Lohn arbeiten. Was das für die Schweizer Arbeitnehmer bedeutet, ist klar: Lohndruck oder sogar Entlassung, weil der einheimische Handwerker mit der ausländischen Billig-Konkurrenz nicht mehr mithalten kann.

Nun merken langsam auch einzelne Linke, dass ein Rahmenabkommen unsere Selbstbestimmung komplett aushöhlt. Der Gewerkschaftsboss und SP-Nationalrat Paul Rechsteiner hat darum die Gespräche mit Bundesrat Schneider-Ammann (FDP) abgebrochen. Auch die ehemalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) ist offensichtlich erwacht: «Wollen wir, dass der Schutz unserer Löhne europäischem Recht untersteht?» Sie will nicht – und liefert auch die ehrliche Antwort dazu: «Das Schweizer Recht schützt besser als das europäische.»

Wenn Calmy-Rey das Schweizer Recht und die Schweizer Löhne schützen will, dann gibt es nur einen Weg: Mit einem Ja zur Selbstbestimmungsinitiative klar machen, dass bei uns Schweizer Recht gilt. In allen Bereichen. Nur so können wir Schweizerinnen und Schweizer in Zukunft wieder demokratisch selber bestimmen, was wir wollen und was nicht.



Welthandelskonflikt: Wir müssen unsere Karten spielen und standhaft bleiben

Als Folge des globalen Welthandelskonfliktes hängt der Handel zunehmend von reinen Machtverhältnissen ab und gibt den wichtigsten Welthandelsmächten noch stärkeren Aufwind. Für die Schweiz, die fast jeden zweiten Franken im Ausland verdient, ist es wichtig, ihre Interessen zu verteidigen und keine Abkommen um jeden Preis abzuschliessen. Zugleich müssen unsere Rahmenbedingungen verbessert werden.

Presse- und Informationsdienst Centre Patronal, 2.8.2018

Der Handel wird mehr und mehr von reinen Machtverhältnissen bestimmt

Der globale Welthandelskonflikt steht im Fokus der Nachrichten. Zweifellos wurde der Kampf an mehreren Fronten (USA gegen China, EU, Kanada-Mexiko, Iran, etc.) vom 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika initiiert, um seinen Wählern zu gefallen und um Israel als traditionellen Verbündeten der USA gegen den Iran zu unterstützen. Wichtigster Antrieb war aber wohl der Umstand, dass die Vereinigten Staaten und China im offenen Wettbewerb um die Weltherrschaft 2030 sind. Tatsächlich stehen sich die beiden pazifischen Supermächte an allen Fronten gegenüber: Welthandel, Aufrüstung, Wettlauf um neue Technologien sowie Kampf um mehr Einfluss.

Als Folge dieses neuen Kampfes kommt es zu einer Schwächung der Welthandelsorganisation (WTO), deren Grundprinzipien in eine andere Richtung weisen: Die Öffnung von Grenzen, die Berücksichtigung des Prinzips der Meistbegünstigung (Nichtdiskriminierung) und der Transparenz.

Die Schwächung der WTO und die zunehmende Abhängigkeit des Welthandels von reinen Machtverhältnissen widersprechen den Interessen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz. Diesbezüglich ist daran zu erinnern, dass unser Land vom Freihandel profitiert hat und dies auch weiterhin tut: Die Schweiz verdient fast jeden zweiten Franken im Ausland.

Die wichtigsten Welthandelsmächte sind auf dem Vormarsch

Die jüngsten Ereignisse (insbesondere das Treffen zwischen Herrn Trump und Herrn Juncker) haben gezeigt, dass die EU nicht in einen direkten Handelsstreit mit den Vereinigten Staaten treten kann. Tatsächlich würde ein solcher Konflikt die Existenz wichtiger Wirtschaftszweige, wie zum Beispiel der deutschen Automobilindustrie, gefährden. Ausserdem machen die beiden Blöcke USA/EU 60% des Welt-BIP, 33% des Welthandels mit Waren und 42% des Handels mit Dienstleistungen aus.

Für die Schweiz ist es schwierig, ein institutionelles Abkommen oder ein Marktzugangsabkommen mit der EU, unserem mit Abstand wichtigsten Kunden und Lieferanten, auszuhandeln. Gleichzeitig müssen wir berücksichtigen, dass der «EU-Handelsblock» erfolgsversprechende Freihandelsabkommen mit anderen Partnern verhandelt. Eine solche Vereinbarung hat die EU bereits mit Japan durch ein umfassendes Abkommen besiegelt und möglicherweise bald

auch mit einem grossen Teil der Länder Südamerikas (Mercosur). Eine Reaktivierung des wichtigen transatlantischen Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten ist ebenfalls vorstellbar.

Damit kopiert die EU die proaktive Handelspolitik unseres Landes und erreicht damit bisweilen mehr als die Schweiz (EU-Japan-Abkommen). Ganz zu schweigen davon, dass andere Handelsblöcke wie die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) versuchen, den Handel untereinander zu verstärken.

Die Schweiz muss ihre Wettbewerbsvorteile nutzen

In der Zeit des globalen Handelskampfes sowie den schwierigen Verhandlungen mit der EU muss der Bundesrat mehr denn je die Interessen unseres Landes verteidigen. Wir dürfen uns jedoch keine Illusionen über die Machtverhältnisse machen, wie die Problematik US-Sanktionen gegen Schweizer Unternehmen, die mit dem Iran Handel treiben, gezeigt hat. Die Verhandlungen über ein mögliches institutionelles Abkommen mit der EU müssen konsequent weiterverfolgt werden, selbst wenn das Abkommen zuletzt nicht unterzeichnet oder ratifiziert wird, etwa weil die «roten Linien» überschritten wurden oder es zu einer ablehnenden Volksabstimmung kommt. Der Bundesrat hat zudem den Abschluss von Abkommen zwischen den Handelsblöcken zu überwachen und seine Bemühungen um den Abschluss neuer bilateraler Abkommen zwischen der Schweiz und den EFTA-Ländern «ausserhalb der EU» fortzusetzen.

Allerdings ist es für jedes Land, angefangen bei unserem eigenen, undenkbar, internationale Handelsabkommen um jeden Preis abzuschliessen. So hat etwa der Nationalrat mit grosser Mehrheit eine Agrarstrategie abgelehnt, welche eine Stärkung des Freihandels (Verknüpfung mit einem Abkommen zwischen der Schweiz und Mercosur) beinhaltet hätte. Dabei müssen wir uns eingestehen, dass eine gewisse politische Unabhängigkeit ökonomische Kosten hat, mit möglichen Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die soziale Umverteilung. Aus diesem Grund ist es Aufgabe von Bundesrat und Parlament, mehr denn je dafür zu sorgen, dass unser Land - unabhängig von neuen Handelsabkommen - von günstigen Rahmenbedingungen profitiert. Es geht also darum, die Unternehmensbesteuerung so schnell wie möglich zu reformieren und unsere Infrastrukturen weiterzuentwickeln, die definitionsgemäss nicht verlagert werden

Schliesslich sollte die Schweiz als Gastgeberland der WTO eine Reform dieser Organisation anregen, um den Multilateralismus in Handelsfragen so weit wie möglich zu erhalten.



Tempo 140 auf Berner Autobahn: Junge SVP fordert Pilotversuch!

Was bei utopischen Phantasieprojekten, wie z.B. legalem Cannabisverkauf in Drogerien längst Gang und Gäbe ist, muss auch in wichtigeren Themen wie dem Strassenverkehr möglich sein - Pilotversuche. Die Junge SVP Kanton Bern fordert die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern deshalb auf, den als Kantonsstrasse geltenden Autobahnabschnitt A6 zwischen Lyss und Schönbühl (beidseitig) in einem Pilotversuch auf Höchstgeschwindigkeit 140 km/h festzusetzen.



Von Adrian Spahr und Nils Fiechter, Co-Parteipräsidenten Junge SVP Kanton Bern

Obwohl die Höchstgeschwindigkeit 120 km/h auf der Autobahn im Jahre 1980 lediglich als eine für sieben Jahre geltende, temporäre Massnahme vorgesehen war, resultierte mit dem Laufe der Zeit ein fest verankerter Grundsatz daraus. Die Automobilindustrie hat sich seither allerdings massiv weiterentwickelt. Dies geschah insbesondere bei sicherheitsrelevanten Fragen wie zahlreichen neuartigen Assistenzsystemen, welche beispielsweise den Bremsweg verkürzen. Dieser Aspekt der kontinuierlichen Verbesserung der Technik wurde bei der Tempogestaltung in den vergangenen Jahren fast komplett ausgeblendet. Oft hört man von linker und grüner Seite, dass die in der Schweiz bestehende Autobahninfrastruktur nicht für hohe Geschwindigkeiten erschaffen wurde. Dies ist nachweislich falsch, da die meisten Autobahnabschnitte in dieser Zeit gebaut wurden, wo «Richtgeschwindigkeit» 130 km/h galt. Höchstgeschwindigkeit 140 km/h zwischen Lyss und Schönbühl ist deshalb alles andere als utopischer Klamauk.

Die Junge SVP fordert die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern deshalb auf, den als Kantonsstrasse geltenden Autobahnabschnitt A6 zwischen Lyss und Schönbühl (beidseitig) in einem Pilotversuch auf Höchstgeschwindigkeit 140 km/h festzusetzen. Der Kanton Bern soll in Absprache mit dem Bundesamt für Strassen ASTRA eine befristete Testphase auf vorgenannter Strecke durchführen. Dass solche Projekte juristisch realisierbar sind, zeigt ein Pilotversuch aus dem Kanton Basel-Stadt, wo Fahrradfahrer entgegen dem national geltenden Strassenverkehrsrecht bei ausgewählten Ampeln bei Rotlicht rechtsabbiegen dürfen.

Das von der Jungen SVP geforderte Projekt soll dazu dienen, unter realen Bedingungen die positiven und negativen Auswirkungen von Tempo 140 zu eruieren. Insbesondere ist dabei auf folgende Punkte Augenmerk zu legen:

- Geschwindigkeitsübertretungen
- Unfälle
- Abstandseinhaltung
- Lärmemissionen.

Wird auf die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten geschaut, kann festgestellt werden, dass sich die meisten Automobilisten zwischen 130-140 km/h fortbewegen - auch wenn dabei auf Strassenabschnitten ohne Tempolimiten (wie teils in Deutschland) gefahren wird. Die Junge SVP Kanton Bern ist der Ansicht, dass die Anhebung der Höchstgeschwindigkeit auch auf die Verkehrssicherheit positive Auswirkungen haben kann, da davon auszugehen ist dass sich viele Leute bei höheren Tempolimiten auch aufmerksamer und konzentrierter verhalten.

Nach Ablauf der Testphase soll eine Statistik erstellt werden, welche aufzeigt, wie sich die aufgezählten Punkte entwickelt haben. Bei positivem Ausgang würde dem Bund die Tür geöffnet, auch auf Nationalstrassen solche Teilabschnitte mit Höchstgeschwindigkeit 140 km/h zu prüfen.



Mit grosser Befriedigung konnte die Junge SVP des Kantons Bern feststellen, dass die im obigen Artikel geäusserte Forderung beim zuständigen Regierungsrat, Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus (SVP), offenbar Anklang findet. Der SVP-Regierungsrat hat sich gegenüber zahlreichen Medien wie folgt geäussert: «Ich stelle nicht gleich hektisch Tempo-140-Tafeln auf, aber ich lasse von den Experten meiner Direktion intern abklären, was auf dem Strassenstück für und gegen eine Tempoerhöhung spricht», je nachdem suche man dann das Gespräch mit den Bundesbehörden. Desweitern bezeichnete Regierungsrat Neuhaus den Vorschlag als «interessant» und «prüfenswert».

Die Junge SVP Kanton Bern ist daher zuversichtlich, dass das geforderte Pilotprojekt für

Tempo 140 km/h zwischen Lyss und Schönbühl letztendlich realisiert werden kann. Für unsere Partei wäre dies ein grosser Erfolg, da bisher trotz diversen Anstrengungen in der gesamten Schweiz noch nie ein ähnliches Pilotprojekt durchgeführt wurde und die Volksinitiative für eine nationale Erhöhung der maximal erlaubten Geschwindigkeit auf Autobahnen auf 140 km/h nicht zustande kam.

Einmal mehr zeigt sich, dass man auch in einer Jungpartei einiges bewegen kann. Wichtig hierbei ist in erster Linie Kreativität, Durchhaltewillen und klare Visionen. Tragen wir in künftigen Abstimmungen – namentlich am 25. November 2018 - Sorge dazu, dass das Mitbestimmungsrecht einzelner Bürger so erhalten bleibt.

Fernes Finnland

Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann D-53639 Königswinter

Wir Mitteleuropäer wissen nur wenig über das am nördlichen Rand Europas gelegene Land. Es ist das Verdienst eines bekannten Schweizer Schriftstellers, uns Finnland und seine tragische Geschichte mit seinem neusten Buch näher zu bringen. Hatte es niemals irgendwelche gebietsmässigen Eroberungspläne, wollte es stets friedlich und neutral bleiben, so war es immer wieder sein Schicksal, von seinen grossen Nachbarn in Form Sowjetrusslands in Kriege verwickelt zu werden. Lenin selber unterstützte noch 1917 die Selbständigkeitsbestrebungen der Finnen, um damit das russische Zaren-System zu schwächen. Nur ein Jahr später, als er die Macht besass, zettelte er im Osten Finnlands mit sowjetischen Soldaten bolschewistische Aufstände an; sein Ziel indes scheiterte.

Anfang 1932 kam es zu einem Nichtangriffspakt zwischen Helsinki und Moskau; in einem Zusatz erklärte sich der Kreml bereit, «die Integrität Finnlands zu garantieren». Als aber sieben Jahre später Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abschlossen, fühlte sich der Kreml stark genug, Finnland mit etlichen Forderungen zu konfrontieren. Helsinki gab nach in der trügerischen Hoffnung, dadurch die UdSSR von weiteren kriegerischen Handlungen abzuhalten. Kurz danach indes erklärte sich Moskau nicht länger an jenen Nichtangriffspakt gebunden

Nur wenige Monate später überfielen sowjetische Truppen das Land und riefen wenige Tage später die «Volksregierung der Demokratischen Republik Finnland» unter dem Vorsitz eines im Moskauer Exil lebenden Kommunisten aus! Den 14'000 Angreifern standen lediglich 13'000 Finnen gegenüber. In diesem berühmt gewordenen «Winterkrieg» hatte Finnland trotz bewundernswerter Tapferkeit seiner Soldaten keine Reserven mehr. Das Kriegsende zwang 500'000 Finnen, in den Westen ihres Heimatlandes zu flüchten. Deutschland übernahm eine Schutzgarantie über das Land. Trotz Drängen Berlins blieb Helsinki neutral.

Doch als die Wehrmacht 1941 die Sowjetunion angriff, bombardierten sowjetische Flugzeuge noch am gleichen Tag finnische Städte. Ungewollt befand sich das Land erneut im Krieg mit seinen Nachbarn! Trotz massiven deutschen Drucks bekam die finnische Armee den Befehl, die Staatsgrenzen nicht zu überschreiten. Vergeblich versuchte Hitler, Helsinki zum Angriff auf die Murmansk-Bahn zu bewegen, über die viele westliche Waffen in das bedrängte Sowjetrussland gelangten. Juli 1944 berichtete Staatsoberhaupt Mannerheim nach Berlin, sein Land könne nur noch drei Monate durchhalten. Der Friedensvertrag verlangte über zwölf Prozent des Staatsgebietes an die UdSSR, die Legalisierung der Kommunisten und strikte Neutralität. Immerhin wurde das Land nicht wie das Baltikum besetzt, sondern blieb unter den misstrauischen Augen des Kremls in gewissen Grenzen frei. Ob angesichts des massiven Drucks Putins dieser Zustand bleibt, muss die Zukunft beweisen

Christian Munger, «Ladoga», Books on Demand, Norderstedt, April 2017, ISBN: 9783743188518



Deutschlands Polizei sucht...

Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann D-53639 Königswinter

Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (Köln) verzeichnen die salafistischen Gruppierungen in Deutschland mit 10'800 Mitgliedern weiterhin signifikant steigende Anhänger-Zahlen. In den letzten sieben Jahren hat sich ihre Zahl somit fast verdreifacht. Der Salafismus ist damit nach wie vor die am stärksten wachsende islamistische Strömung in der Bundesrepublik.

Von den gegenwärtig 297'820 Fahndungsausschreibungen des Bundeskriminalamtes (Wiesbaden) zur Festnahme richten sich 126'327 gegen Ausländer mit dem Ziel der Abschiebung bzw. Ausweisung.

Zusätzlich zu diesen Fahndungen sucht die deutsche Polizei nach weiteren rund 300'000 Personen zur Aufenthaltsermittlung sowie nach etwa 13'000 Vermissten. Von den in diesem Jahr (bis Ende Mai) 23'900 angekündigten Rückführungen von Ausländern blieben 12'800 erfolglos; dabei konnten 11'500 Personen nicht am angegebenen Wohnort angetroffen werden – wobei die meisten wohl in den Untergrund abtauchten...

SolarWorld erneut pleite

Von Daniel Christen, Eco Swiss

Nur acht Monate nach seinem Neustart aus der Insolvenz ist Deutschlands letzter grosser Solarmodul-Hersteller SolarWorld erneut pleite. Am 1. Juni 2018 wurde das reguläre Insolvenzverfahren beim Bonner Amtsgericht eröffnet. Betroffen sind rund 600 Mitarbeiter in den Werken im sächsischen Freiberg, in Arnstadt in Thüringen und in der Bonner Verwaltungszentrale mit etwa 45 Beschäftigten.

SolarWorld hatte bereits im Mai 2017 unter dem Druck der kostengünstigen China-Konkurrenz Insolvenz anmelden müssen. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten noch gut 3'000 Menschen in dem Unternehmen, das einst als Vorzeigebetrieb der deutschen Energiewende galt und von vielen umweltbewegten Privatinvestoren unterstützt wurde.

Seit die Subventionen nicht mehr so üppig fliessen, verdunkeln sich die Wolken über der deutschen Solarwirtschaft. 2010 arbeiteten über 133'000 Personen in der Solarbranche bzw. Photovoltaikindustrie, 2016 waren es nach Berechnungen des Bundesverbands Solarwirtschaft

gerade noch etwas über 33'000. Seit dem vergangenen Jahr erholt sich die Branche, wenn auch langsam.

Artikel Handelsblatt: http://www.handelsblatt.com/untemehmen/energie/solarmodul-hersteller-solarworld-ist-schon-wieder-pleite/21122208.html

Artikel pv magazine: https://www.pv-magazine.de/2018/05/24/solarworld-verzeichnet-grosses-investoreninteresse/



«Sonnenkönig» SolarWorld-Chef Frank Asbeck kaufte sich ein Schloss, statt ins Geschäft zu reinvestieren.

Die SVP muss wachsen!



Von Sandra Schneider (26), Grossrätin und Stadträtin, Vizepräsidentin Junge SVP Kanton Bern, Biel/ Bienne

Es war wohl die umstrittenste Abstimmung der letzten Jahrzehnte, und allen Unkenrufen, Drohungen und Untergangsszenarien zum Trotz, hatten Volk und Stände am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderunginitiative angenommen. Passiert ist seitdem - nichts. Die Mehrheit des Parlaments, allesamt auf Seiten der Abstimmungsverlierer zu orten, setzte den Volkswillen nicht um. «Inländervorrang light» statt einer eigenständig geregelten und auf die Bedürfnisse der Schweiz ausgerichteten Zuwanderungspolitik.

Noch unverhohlener verhielten sich die National- und Ständeräte bei der (Nicht-) Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Die SVP erreichte mit deren Annahme nicht nur einen Sieg für ihre eigene Initiative, sie setzte sich auch gegen einen Gegenvorschlag der anderen Parteien durch, welche um einiges weniger weit gehen wollte und eine Härtefallregelung vorsah. Auch hier folgte dasselbe: Nichts. Erst im Zuge der «Durchsetzungsinitiative» wollten plötzlich alle Parlamentarier eine konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer. Die Abstimmung haben sie damit gewonnen, dem Volk wurde eine «pfefferscharfe» (Ständerat Philipp Müller) Regelung versprochen. Aus dem scharfen Pfeffer ist mittlerweile ein Light-Joghurt für Veganer geworden. Statt die konsequente Ausschaffung zu befürchten, können Schwerstkriminelle weiterhin auf grosszügige Härtefallregelungen hoffen, die ihnen der Verbleib in der Schweiz - und damit alle möglichen Sozialleistungen – garantiert.

Die Unverfrorenheit der Classe politique hinterlässt Spuren in der Bevölkerung. In Gesprächen mit Bürgern hört man mittlerweile nicht nur den Satz, «die machen doch eh, was sie wollen» ganz direkt entgegnen die Leute, dass «die in Bern uns nur noch vergaukeln».

Ist es nicht Absicht, so hat es Methode: Es kommt nicht von ungefähr, dass ausgerechnet SVP-Initiativen, die an der Urne teils deutliche Mehrheiten erreichen, kaum oder gar nicht umgesetzt werden. Die politische Elite setzt ihren Willen durch - und sich über den der Stimmbürger hinweg. Ihre Waffe ist die Politikverdrossenheit der Menschen, die immer mehr den Glauben an Abstimmungen und Wahlen verlieren. Und während der vorwiegend liberal-konservativ eingestellte Bürger zu Hause bleibt, steigen am Abstimmungssonntag die Wähleranteile von Etatisten, die vor dem Urnengang jeweils rechts blinken und dann links abbiegen. Mit jeder Missachtung des Wählerwillens wird die direkte Demokratie ein wenig mehr ausgehölt.

Diese gefährliche Entwicklung muss gestoppt

werden. Dazu muss die SVP weiter wachsen! Und zwar nicht nur in Form von Wähleranteilen und Sitzen bei Wahlen. Auch der Mitgliederbestand muss steigen. Das geht nur über sichtbare Präsenz auf der Strasse und einer aktiven Mitgliederbewirtschaftung. Folgende Massnahmen können – nein müssen! – wir ergreifen:

- Engagierte Mandatsträger auf allen Ebenen, die ihre Linie in ihrem jeweiligen Gremium einbringen. Dazu gehört auch die aktive Kommunikation nach aussen: Welche Vorstösse habe ich im Rat eingereicht, an welchen Anlässen habe ich Mitglieder und/oder Nicht-Mitglieder über das aktuelle Geschehen informiert?
- Eine sichtbare Präsenz jeder Ortspartei auf der Strasse, wie z.B. mittels Standaktionen, Flyeraktionen, Unterschriftensammlungen, etc. Und das nicht nur im Wahljahr, sondern erst recht auch während der Legislatur.
- Der aktive Einbezug der Basis, beispielsweise durch Verfassen von Leserbriefen oder durch logistische Unterstützung in Form von «Briefkasten-Aktionen» (Verteilen von Polit-Werbung im Quartier).
- Das Organisieren von Anlässen, sei es ein politischer Vortrag oder auch im «gemütlichen Rahmen». Dies geschieht am besten in gemeinsamer Zusammenarbeit von mehreren Sektionen, damit mehr Gäste am Anlass teilnehmen und der Austausch und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden.
- Treffen von Politikern aus verschiedenen



Ebenen und Regionen (auch interkantonal) zwecks Erfahrungsaustausch und Erörterung von Problemen und Lösungsmöglichkeiten.

Das Durchführen von «Town-Hall-Meetings»: Politiker stehen der Bevölkerung Red und Antwort

Dies sind nur ein paar Ideen, es gibt garantiert noch zahlreiche weitere Möglichkeiten, um Aktivmitglieder, Gönner und Sympathisanten zu gewinnen. Eine starke und breit abgestützte Basis ermöglicht es uns, die Politik der SVP schlagkräftiger zu machen und gegen linke Widerstände durchzusetzen. Unsere Ideen von einer eigenständigen Schweiz ohne EU-Anbindung, von tieferen Steuern und Abgaben, von einer Asyl- und Sozialpolitik ohne Missbräuche oder von einer schlagkräftigen Milizarmee sind in weiten Teilen der Bevölkerung tief verankert. Die kommenden Abstimmungsvorlagen (Selbstbestimmungsinitiative, EU-Rahmenabkommen) werden von uns allen einen grossen Einsatz abverlangen. Wir können nicht warten, bis jemand anderes aktiv wird. Wir müssen selber aktiv werden und uns für unsere Schweiz einsetzen packen wir es an!



Sandra mit ihrer Mutter Veronika Schneider, die ebenfalls Bieler Stadträtin ist





In Dänemark darf man sein Gesicht in der Öffentlichkeit nicht mehr verhüllen

Das Gesetz bezieht sich auf Gesichtsschleier Burka und Nikab, Mützen, Schals, Masken, Helme und künstliche Bärte. Beim ersten Verstoss gegen das Verhüllungsverbot droht eine Busse von 135 Euro, wird man zum vierten Mal erwischt kostet es 1'350 Euro.

Für die Einen «zum Glück», für die Andern «leider» zum Verhandlungsfortschritt des «Rahmenvertrags»

Angesichts schwieriger Brexit-Verhandlungen sei es der EU zweifellos unmöglich, der Schweiz gegenüber selbst in Nebenfragen irgend ein Entgegenkommen zu bekunden, denn jedes Entgegenkommen würde von den Briten gnadenlos gegen Brüssel ausgenutzt.

Welche Vertrags-Wortwahl hätten Sie gerne? Rahmenabkomnmen, Institutionelle Anbindung, Freundschaftsvertrag, Marktzugangsabkommen, etc. So oder so, unsere direkte Demokratie, die freie, unabhängige und souveräne Schweiz wäre am Ende!

Die Schwächen der EU werden immer deutlicher, sie taumelt Richtung Abgrund

Die EU verletzt sämtliche Regeln, welche die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, politische und wirtschaftliche Union bilden. Konzept- und Ziellos werden Milliarden ausgegeben. Jeder Akteur zieht in eine andere Richtung. Alle haben ausreichend Macht, um die Gemeinschaft zu sabotieren, aber niemand hat genug Macht, um Europa zu bauen.

Pfefferscharf soll die Ausschaffungsinitiative umgesetzt werden

So der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller, heute, der gleiche Philipp Müller per Motion: «Schweizweit

sollen nur Gerichte über Landesverweisung entscheiden». Zahlen des Bundesamtes für Migration zeigen für 2017: Nur in jedem zweiten Fall, der eine obligatorische Landesverweisung nach sich ziehen müsste, wird dies tatsächlich verhängt. Eine Ausschaffung liegt aber noch in weiter Ferne, die so genannte «Härtefallklausel» öffnet Tür und Tor, um die Ausschaffung zu umgehen.

Für PIKOM sind Zahlen und Vorgehen ein absoluter Skandal, es ist genau das eingetroffen, was man immer befürchtet hat. Für die Politik besteht Handlungsbedarf!

Verwirrung um die Zahlen des Bundes. Diese Zahlen hätten nie publiziert werden sollen, sie bilden die Realität nicht ab, so Fabian Gasser, Präsident der Schweizerischen Staatsanwälte-Kon-

ferenz, erwartet werde mehr Sorgfalt, denn wenn eine Landesverweisung verfügt werde, komme es häufiger zu Rekursen, hunderte von Fällen sind hängig. Gemäss Aargauer Gerichte wurde die Härtefallklausel kein einziges Mal angewendet.

Anti-KESB-Initiative beunruhigt immer mehr Funktionäre

Die KESB bezeichnet sich selber als «Behörde», als «Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde». Behörden werden aber vom Stimmvolk gewählt, sind den Stimmbürgern Rechenschaft schuldig. KESB-Funktionäre schalten und walten hingegen selbstherrlich, als allwissende Götter. Die KESB legt niemandem Rechenschaft ab, verfügt aber über Riesensummen von Steuergeldern.

Referendum gegen die sinnlose EU-Waffenrichtlinie

Der Bundesrat hat mit seiner Vorlage den Besonderheiten des Schweizer Schiesswesens zu wenig Nach-

sicht verschafft, der Bürger wird zu wenig ernst genommen. Die Vorlage trifft die Bürger, welche mit der Waffe aufgewachsen sind und sehr gut wissen, wie man mit Waffen umgeht.

Schutzwesten nicht für alle Soldaten

Der Bundesrat beantragt für 100'000 Armee-Angehörige leichte Schutzwesten sowie schweren Körperschutz für Wachteinsätze zu kaufen. Nach Ansicht des Ständerats braucht es nicht für die ganze Truppe beide Versionen, er hat daher den Kredit auf 100'000 Franken halbiert.

Rund 105'000 Erwachsene wurden im vergangenen Jahr ins Strafregister eingetragen

1'039 Personen erhielten eine Landesverweisung, 88 Prozent davon als obligatorische. Der grösste Teil dieser Verurteilten besassen keinen B- oder C-Ausweis, waren also Kurzaufenthalter, Asylsuchende, Touristen oder Personen, welche sich widerrechtlich in der Schweiz aufhielten. Weil ein Grossteil dieser Straftaten noch vor dem 1. Oktober begangen worden sind, wurden anstelle der Landesverweisung 87 Prozent mit einer Geldstrafe sanktioniert, davon 81 Prozent bedingt. Fakt: Trotz neuem Gesetz darf jeder zweite verurteilte Ausländer bleiben!

Zuerst die Ausländer, dann die Schweizer

So erhalten etwa Wirtschaftsmigranten vom Sprachkurs bis zum Zahnarzt ohne zu arbeiten alles bezahlt, während Schweizer immer mehr zu berappen haben und erst noch um ihre Arbeitsplätze und Renten fürchten müssen. Bei drei Milliarden Franken für Entwicklungshilfe und über zwei Milliarden für das Asylwesen geben wir allein auf Bundesebene für Ausländer gleich viel aus, wie für unsere Leute.

Sind Sie schon Mitglied?



Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name:			
Name.			
Vorname:			
Strasse/Nr.:			
Strasse/Nr.:			
PLZ:	Ort:		
Talafana			
Telefon:			
E-Mail:			

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau – Fax 031 981 39 82

Das ideale Geschenk - jetzt zugreifen!

Václav Klaus und Jirí Weigl Völkerwanderung

Allein nach Deutschland kam im Jahr 2015 über eine Million Migranten. Weitere Millionen Menschen machen sich auf den Weg nach Europa. Die Verantwortungslosigkeit der europäischen Politik mit Angela Merkel an der Spitze feuert

VÁCLAV KLAUS UND JIŘÍ WEIGL VÖLKER-**WANDERUNG** KURZE ERLÄUTERUNG **DER AKTUELLEN** MIGRATIONSKRISE

die neue Völkerwanderung zusätzlich an. Statt die natürlichen Interessen souveräner Nationalstaaten zu wahren, predigt die deutsche Kanzlerin einen fahrlässigen Willkommenseifer. Städte und Kommunen versuchen derweil verzweifelt, das Chaos zu verwalten. Die Bürger laufen ihren politischen Vertretern davon, und die Hegemonie deutschen Gefühlsdusels zerstört den Frieden Europas. Den protestierenden mittel- und osteuropäischen Staaten droht Brüssel schon mit Sanktionen ... Dagegen ergreift einer der herausragenden Staatsmänner Europas das Wort. Der langjährige Präsident Tschechiens Václav Klaus fordert, sich von den barmherzigen Tagträumen zu verabschieden. Den europäischen Führungseliten wirft er vor, mit dem Druck der Flüchtlingsmassen die Reste europäischer Nationalstaatlichkeit zu zerstören. Klaus fürchtet um die Zukunft Europas.



Beste	llschein		Spezialpreise
Expl.	Pro Libertate	Freiheit, Demokratie, Menschenwürde	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Die Schweiz im 2. Weltkrieg	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Das Ende der J-Stempel-Saga	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	so dass keiner mehr die Sprache des andern versteht	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Die gezielte Zerstörung unserer direkten Demokratie	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Die Schweiz im 21. Jahrhundert	CHF 20
Expl.	Pro Libertate	Die Familie im Griff von HarmoS-Bürokraten. Eine Zeitanalyse	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Herrschaft durch Sprache	CHF 5
Expl.	Pro Libertate	Erlebter Aktivdienst 1939–1945	CHF 25
Expl.	Pro Libertate	Operationsziel Schweiz	CHF 29
Expl.	Roland Haudenschild	500 Jahre Marignano	CHF 45
Expl.	Dr. Léon S. Gaucher	Die «Gotteskrieger»	CHF 8
Expl.	Pro Libertate	Identität Schweiz	CHF 10
Expl.	Junge SVP Schweiz	Die Schlacht am Morgarten	CHF 5
Expl.	Schweizer Armee	Armeekalender 2019	CHF 20
Expl.	Michael Limburg	Strom ist nicht gleich Strom	CHF 28
Expl.	Jan Mahnert	Demokratie und Homokratismus	CHF 30
Expl.	Prof. Dr. Joseph Mächler	Wie sich die Schweiz rettete	CHF 49 statt 79
Expl.	Verlag Kömedia	Schweizer Luft- und Raumfahrt 2017	CHF 40 statt 45
Expl.	Manfred Quiring	Putins russische Welt	CHF 26
Expl.	Lubomir Winnik	Jedem Teufel seine Hölle	CHF 24
Expl.	Max Oberli	Muslime und Christen	CHF 24 statt 30
Expl.	Lubomir Winnik	Der Totgesagte der Wolfsschanze	CHF 8
Expl.	Václav Klaus, Jirí Weigl	Völkerwanderung	CHF 20
ame		Vorname	(exkl. Porto)
trasse		PLZ/Ort	
atum		Unterschrift	

Bestellung einsenden an: DIE IDEE, Postfach, 3001 Bern – Fax 031 398 42 02 – E-Mail idee@jsvp.ch

Buchvorstellung

Was geschah hinter der offiziellen Kriegsbühne?

Lubomir T. Winnik stellt in seiner Broschüre «Der Totgesagte der Wolfsschanze» die «offiziell-gängigen» Versionen betreffend des Zweiten Weltkriegs in Frage.

Von Bruno Füchslin, 8805 Richterswil

Über den Zweiten Weltkrieg wurde viel geschrieben, analysiert, in Zusammenhänge gebracht und Schlussfolgerungen erstellt. Zur ultimativen «Wahrheit» haben viele dieser Rückblenden beigetragen. Je nach Sicht der Dinge sind und bleiben sie dennoch allesamt Puzzleteile der Gesamtschau.

Auch die 24-seitige Broschüre «Der Totgesagte der Wolfsschanze – nonkonforme Gedanken aus Hitlers Kriegsquartier» muss in diese Reihe eingeordnet werden. Eben dieses «Nonkonforme» provoziert bereits, macht neugierig. Autor Lubomir T. Winnik gibt dem allgemein gültigen Gesamtbild über Adolf Hitler nicht zwingend Kontra; vielmehr dürfen seine minutiösen Recherchen - zum Teil vor Ort geschehen - als Ergänzungen angesehen werden.

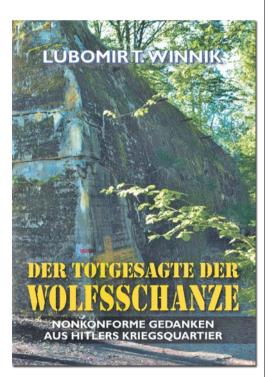
Fokussiert wird der Grundfrage nachgegangen, die da lautet: Inwieweit war «der Führer» eine von Politik und vor allem Wirtschaft aufgebaute Galionsfigur? «Von den Chefetagen der Konzerne bis hin zum kleinsten Drehbankarbeiter schufteten alle Deutschen rund um die Uhr auf den Tag hin, an dem die «Vergrösserung» des begehrten Lebensraums vonstatten gehen sollte», schreibt Winnik auf Seite 18 der Broschüre. Dieser kleine Satz ist das Herzstück aller Überlegungen.

Hitlers bekannt-berühmtes «ab 5.45 Uhr wird zurück geschossen» - der Überfall auf Polen - leitete am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg ein. Wer Angriffskriege führt, muss dafür vorab gerüstet sein. Winnik stellt sich wohl berechtigte - Fragen, wann diese Invasionsgedanken und deren konkrete Umsetzungen begonnen haben. Wer alles dahinter stand, die NSDAP stark zu machen und letztlich Hitler in die Position des Führers zu hieven. «So hat der uralte Trick mit Mensch-Gott-Führer und Faustpfand in einer Person auch diesmal einwandfrei geklappt: Verantwortlich für alles sei Hitler allein gewesen», summiert Winnik die Geschehnisse.

Zu vieles bleibt wohl für immer im Dunkeln. was die Geschichte des Zweiten Weltkriegs anbetrifft. Was hinter der Bühne der Schlachtfelder, den die Massen vergiftenden Auftritten Hitlers wirklich vorbereitet wurde, dürfte bis ins letzte Detail nie geklärt werden. Nicht allein deswegen, weil massgebende Leute nicht mehr leben. Allein die Tatsache, dass in den Vernichtungsapparat eingebundene Menschen nach Kriegsende unbehelligt blieben und gar wieder in Amt und Würde eingespannt wurden, macht deutlich: Es gibt auch heute noch jenen oberflächlichen Reflex, dass Hitler für alles verantwortlich gewesen sei und alle andern, in einen «Mitläufer»-Mantel eingekleidet, aus Solidarität und «Vaterlandsliebe» mitgemacht hätten.

Nein, Hitler wird in Winniks Gedanken in keiner Weise auch nur annähernd «reingewaschen». Nur dies: So allein für all die Geschehnisse kann ein Mensch nicht verantwortlich sein – egal, wie schizophren und krank die Person auch immer gewesen sein mag.

Weiter gedacht stellt Winnik auch dies fest: Der Zweite Weltkrieg bedeutete in einem relativ aktuellen Zeitfenster die grösste Kriegskatastrophe. Dass so gut wie alle Angriffskriege nach ähnlichen oder parallel gleichen Muster inszeniert und aufgebaut werden, müsste das Wesen Mensch hellhörig machen. Oder umgekehrt: Wer nicht hinter die simplen Mechanismen schauen will, nimmt halt ohne Widerrede hin und ist bereits Mitläufer. Ob man sich damit bereits mitschuldig macht, muss jedes Individuum selbst für sich entscheiden und verantworten. «Nonkonform» nur lesen ist das eine: sich entsprechend verhalten das andere ...



Lubomir T. Winnik

«Der Totgesagte von der Wolfsschanze» Broschüre, 24 Seiten, mit elf Fotos bebildert Zu beziehen bei Pro Libertate, Postfach, 3052 Zollikofen

info@prolibertate.ch

Bestelltalon Seite 9

Leserbrief

Geschätzte Mitglieder der **Redaktion DIE IDEE**

Herzlichen Dank für Ihre aufschlussreiche und interessante Zeitung! Danke auch für alle Bemühungen Ihrerseits für eine freie und unabhängige Schweiz! Wir schätzen jeden Tropfen, der in dieses Gefäss der Aufklärung fällt, um die unwahre, linksgesteuerte und Konzernverpflichtete Mainstream-Presse aufzudecken und zu widerlegen. Danke!

Es hat uns etwas betrübt, dass Sie fast eine ganze A4-Seite solch einer Hass-schürenden Mainstream-Stimme geben und zwar mit der Buch-Empfehlung: «Putins russische Welt – Wie der Kreml Europa spaltet».

Wir bitten Sie, in diesen aussenpolitischen Fragen auch auf kla.tv gründlich zu recherchieren. Wir haben sehr aufwändige Sendungen, Dokumentarfilme, aus dem Russischen übersetzte Original-Reden usw., mit fundierten Recherchen, ausgestrahlt. Sie zeigen sehr wichtige Zusammenhänge auf. In der Sendung www. kla.tv/5588 können Sie einige kurze Auszüge aus einer Rede von einem US-Strategen hören, die Ihnen Klarheit gibt, weshalb solche verhetzenden Werke auf dem Markt sind, nämlich um jeden Preis die Zusammenarbeit und Freundschaft mit Deutschland/Europa und Russland zu unterbinden.

Ich möchte mit meinen Zeilen nicht Putin in Schutz nehmen oder für ihn meine Stimme erheben, dafür kann ich nicht meine Hand ins Feuer legen.

Jedoch ist auf Grund unzähliger Gegenstimmen zu den Mainstream-Verhetzungen klar ersichtlich, dass es sich bei diesem empfohlenen Werk um eine eindeutig spalterische Stimme handelt, die aus der US-gesteuerten «Teilen-und Herrschen»-Richtung kommt. Nichts täte uns im Westen im Moment besser, als ein gutes gegenseitiges Verhältnis mit Russland.

Es wäre schön, wenn wir als «Kämpfer für Gerechtigkeit und Wahrheit» in den gewichtigen Dingen immer mehr eine einheitliche Stimme abgeben könnten.

Wir werden auch weiterhin Eure Artikel mit Interesse lesen und wann immer es geht, die Anliegen von SVP und JSVP in unseren Sendungen oder unserem Blatt S&G - «Stimme und Gegenstimme» aufgreifen.

Anni Sasek, 9428 Walzenhausen

Was ist Ihre Meinung?

Bitte schreiben Sie an DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern idee@jsvp.ch

JSVP Politcamp 2018



Naemi Dimmeler Junge SVP Kanton Zürich

Am diesjährigen Politcamp der Jungen SVP Schweiz lag der Fokus auf der Erarbeitung einer neuen online-Strategie. Das Ziel war klar: Den Bedürfnissen auf online-Plattformen von Mitgliedern und Symphatisanten nachzukommen und neues Interesse wecken zu können. Somit wird die Kampagnen-Fähigkeit der SVP und Jungen SVP gestärkt. Unter anderem durften wir hochkarätige Politiker wie Barbara Keller-Inhelder und Claudio Zanetti begrüssen.

Das diesjährige Politcamp der Jungen SVP Schweiz fand vom 27.7.2018 bis am 29.7.2018 statt. Zahlreiche Mitglieder als auch Interessierte fanden im Haus der Freiheit, im wunderschönen Toggenburg SG zusammen.

Am Freitagabend war ein Kamerateam vor Ort und nahm die 23. Aufzeichnung der Sendung

«Schweizerzeit-Polit-Stammtisch», moderiert von Anian Liebrand, auf. Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident Benjamin Fischer, Generalsekretär Andreas Gerber sowie die beiden Mitglieder Michelle Singer (JSVP BE) und Naemi Dimmeler (JSVP ZH) waren zu Gast. Unter anderem kam die politische Beeinflussung an Schulen, die Geschlechtergleichheit und die Ausländerpolitik zur Sprache.

Tagsüber stand ein vielseitiges Programm an, bei welchem die Teilnehmer viel mitbestimmen durften. Unter der Leitung von Thomas Gemperle (SVP GS) tauschte man sich ausgiebig über den Auftritt in den sozialen Medien und den gezielten Einsatz von Online-Tools aus. Es wurde viel diskutiert und ausprobiert. Das Teilen von Erfahrungen und die gegenseitige Inspiration waren von hoher Bedeutung.

Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder packte ihre Zuhörer mit einem ergreifenden Referat zur KESB-Initiative. Ebenso brachte Nationalrat Claudio Zanetti dem Publikum interessante Details zur Selbstbestimmungsinitiative näher.

Nach dem feinen Nachtessen ging die eingespielte Gruppe zum geselligen Teil über, denn auch das durfte nicht zu kurz kommen.

Gerne zählen wir euch an unserem nächsten Politcamp vom 26.7.2019 bis am 28.7.2019 zu unseren Teilnehmern.



Leserbriefe

«Was rettet heute unsere Heimat»

Wie gut passt diese Schrift zur heutigen EU-Situation. Bundesrat und Parlament sollten sich die Aussage des mutigen, standfesten, entschlossenen General Henri Guisan zu Herzen nehmen: «Meine Herren (Offiziere), es wird gekämpft! Es wird nicht kapituliert! Habt Gottvertrauen!»

Zum Glück und zum Segen unseres Vaterlandes gibt es noch Kämpfer. Es sind die SVPler, die nicht kapitulieren vor der Blindheit und dem Missverständnis der Mehrheit der Regierung. Schwur der Eidgenossen aus Schiller's Tell:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Men-

Ich grüsse Sie in Dankbarkeit für Ihr politisches Engagement und wünsche Ihnen alles Gute und Gottes Segen.

Adelheid Hilfiker, 6006 Luzern

Initiative gegen Bürger zweiter Klasse!

Es ist geradezu zynisch, wenn im Kanton Zürich auf Gemeindeebene zwar ein Einzelbürger-Initiativrecht besteht, das Rekursrecht nach erfolgter erstinstanzlicher Ablehnung, jedoch nur mit der abschreckenden Gebühr von 1'000 Franken ausgeübt werden kann. Das ist ganz sicher nicht demokratisch und degradiert politisch aktive, einfache Bürgerinnen und Bürger zu Personen

Was unternehmen die vielen SP, Grünen, Linken und Halblinken in den Gemeinderäten dagegen? Nichts! Sie schimpfen beispielsweise gegen Zwei-Klassen-Medizin, setzen sich aber nicht ein für eine gebührenfreie Rekursmöglichkeit bei Einzelbürgerinitiativen, in welchen Bereichen auch immer! Die völlig überrissenen Rekursgebühren wurden ja in dieser Höhe nie von den Gemeindemitgliedern an der Versammlung so festgesetzt - und sind infolge dessen auch OHNE gesetzliche Grundlage.

Was jetzt fehlt: Eine kantonal-zürcherische Volksinitiative «Gegen Willkür und finanzielle Ausbeutung bei Rekursen» und gegen «Stimmbürger zweiter Klasse». Der Kanton Zürich ist einer der wichtigsten Kantone - dies hätte enorme Signalwirkung auf andere Schweizer Kantone!

Marcus Stoercklé jun., 4052 Basel

Tempo 80km/h

Von This Hagmann, Büro Ha, Hirschthal/AG

Es war heiss. So heiss, dass das Bundesamt für Verkehr (BAV) in einer «Studie» nachweisen wollte, dass es schneller geht, wenn man langsamer fährt. So haben die «Amts-Mathematiker» in einer Lang-Zeit-Studie (!) herausgefunden, dass bei Reduktion auf Tempo 80km/h auf dem Autobahnabschnitt Thun - Bern (25 km) eine Zeitreduktion von 26 Sekunden pro Fahrt «resultiert»! Man rechne. Und man frage einen Autofahrer... Das ergibt pro Kilometer einen angeblichen Zeitgewinn von einer halben Sekunde. Diese bahnbrechende Erkenntnis haben die BAV-Brüder am Freitag, 13. Juli präsentiert! Ein geistiger Hitzeschlag muss ihnen für 26 Sekunden Geist und Verstand geraubt haben. Erinnern Sie sich: 2017 wurden insgesamt 250 Autobahnkilometer auf Tempo 80km/h reduziert! Das wissen die BAV'ler offenbar nicht mehr... irr und wirr.



Der Staat und die Moral

Von Henrique Schneider, stv. Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes

Offenbar reicht es heute nicht mehr aus, Gesetze zu befolgen. Um Rechtssicherheit zu haben, muss man sich auch moralisch verhalten. Doch wer sagt, welche Moral gilt? Der Bundesrat? Die Willkür einer Amtsstube? Die privaten Vorstellungen eines einzelnen Beamten?

Dem Schweizer Staat genügt es nicht mehr, für gute Gesetze zu sorgen. Er will zugleich moralisch beurteilen, was «gut» oder «böse» ist. Das hat verheerende Konsequenzen. Einige Beispiele:

Staats-Moralismus

Eltern verlangen von den Kindern, dass sie Hausaufgaben erledigen. Sie möchten überdies, dass ihre Kinder mehr lernen. Das findet die Schule nicht richtig. Die Eltern werden angezeigt. Die Kesb übernimmt die Bildungsverantwortung für die Kinder. Gesetzliche Grundlage? Keine. Handlungsgrund für den Staat? Ein Lehrer urteilt darüber, was ein «gutes» Elternhaus ausmacht.

Die staatlichen Vorsorgewerke der Schweiz machen miteinander ab, nicht mehr in Aktien von Boeing oder Airbus zu investieren. Beide Firmen produzieren nämlich auch Rüstungsgüter. Zwar arbeiten sie innerhalb der Rechtsordnung. Zwar setzt die Schweizer Armee sogar ihre Güter ein, um das Land zu verteidigen. Auch fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage für einen solchen Entscheid. Aber das beeindruckt die Staatsversicherungen nicht. Sie haben entschieden, dass Rüstung «böse» ist.

Der Bundesrat hat einen Aktionsplan für die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Die Landesregierung gibt zu: «Der Bundesrat erachtet es weiterhin als zielführend, sich an der Erarbeitung multilateraler Verantwortungs-Standards zu beteiligen». Die sieben Weisen sehen es also als ihre Aufgabe, den Firmen

Verantwortung beizubringen. Und dies weltweit. Gesetzliche Grundlage? Keine.

Moral ist für Menschen

Diese Beispiele sind bizarr. Doch sie werden bei uns immer mehr zur Norm. Der Staat handelt nicht mehr aufgrund von Gesetzen, sondern gemäss den Moralvorstellungen der Staatsangestellten. Das ist aus zwei Gründen problema-

Erstens gehören Moral und Ethik zum Individuum. Nur die einzelne Person kann darüber urteilen, was «gut» oder «böse» ist. Vielleicht möchten die Eltern, dass die Kinder viel lernen. Vielleicht findet jemand, dass es sich lohnt, in Sicherheit zu investieren. Oder jemand denkt, es sei nicht die Aufgabe der neutralen Schweiz. die Welt zu reformieren. Genauso kann es sich auch umgekehrt verhalten. Mehr noch: Es sind die einzelnen Individuen, die über das «Gute» und «Böse» ihrer Handlungen urteilen müssen. Sie übernehmen schliesslich die Verantwortung für das, was sie tun. Diese Verantwortung kann nicht an den Staat delegiert werden. Ansonsten verroht die Gesellschaft.

Rechtssicherheit ist für den Staat

Zweitens: Noch schlimmer wirkt sich die Moralisierung auf die Rechtssicherheit aus. Es ist die Aufgabe des Staates, für gute gesetzliche Rahmenbedingungen, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Wenn er das Gesetz aber selber verlässt, um «moralisch» einzugreifen, wird die Rechtssicherheit über Bord geworfen.

Die Schweiz ist nicht erfolgreich, weil der Staat «Gutes» vom «Bösen» trennt. Ihre Erfolgsfaktoren sind die Neutralität, der kleine Staat und die Rechtssicherheit. Ein Blick über die Grenze zeigt: Staaten, die aus moralisierenden Motiven handeln, werden oft zu Diktaturen.

Die Sache ist sehr einfach: Der Staat macht die Gesetze, die Individuen machen die Moral. Sonst gehen Moral und Gesetz verloren.

Deutschland hat kein Geld für Panzer und Munition, aber für die Einkleidung von **Schwangeren**

ins Spiel, vergessen aber leider die Details, denn

XYZ ist nicht irgend eine Vorlage, sondern eine, die für uns alle wichtig ist und uns alle interessieren muss. Dabei bedarf es einer kurz-, mittel-

und langfristigen Betrachtung. Die Gegner des

Projekts bringen viele zutreffenden Details ins

Spiel, aber es fehlt ihnen leider an klaren Argu-

menten. Beide Seiten haben irgendwie Recht.

Nachfrage 2 an den Politiker: «Sind Sie nun für

Antwort des Politikers: «Ein Ja des Volkes zu

dieser Vorlage würde heissen, dass sie vielleicht

realisiert wird. Ein Nein hingegen würde es

möglicherweise verhindern. Das ist die Proble-

matik, mit dem ich als Politiker jahrein-jahraus

konfrontiert bin, was mein Leben erschwert.

Denn: Wie soll ich wissen, was ich denke, bevor

ich gehört habe, was ich gesagt habe. Deshalb

sage ich lieber nichts. Jedenfalls solange nicht,

bis ich sicher weiss, wie die mutmasslichen

Mehrheiten liegen, und ich mich danach positi-

An den Politiker: «Vielen Dank für Ihre auf-

schlussreichen Aussagen. Wir Stimmbürger dür-

fen leider nur mit Ja oder Nein antworten. Jeden-

falls viel Erfolg bei den kommenden Wahlen, Sie

*) Unter dem Begriff «politichese» (auf deutsch:

«Neusprech») versteht man – wie hier sarka-

stisch dargestellt – eine verklausulierte nichtssa-

gende politische Phrasendrescherei. Wir können

Politiker fragen was wir wollen, die Antworten

- vorweg von «Mitte»-Politikern - sind aus-

werden sicher, wie bisher, gut gewählt».

Man muss abwägen».

ein Ia oder Nein ?»

onieren kann».

tauschbar.

Das ist kein Scherz, aber ein klassisches Beispiel, wie man an den wirklichen Problemen vorbeischaut. Die Uniform für Schwangere ist ein Jahr lang getestet worden – was ca. 650'000 Euro kostete. Man hat festgestellt, dass 2% der Soldatinnen schwanger sind. Aha! Wir reden also von ca. 400 Soldatinnen, die der Bundeswehr zufolge (im Dienst) schwanger werden! Deshalb gibt es in den Kasernen (auch bei uns) einen Raum der Stille und einen Raum der Begegnung... Das sind natürlich Feststellungen, die für den Erfolg der Deutschen Nation von entscheidender Bedeutung sind... Wie wär's denn mit der Beurlaubung bzw. leichten Verlegung des Mutterschaftsurlaubes? Das ist auf jeden Fall erheblich günstiger und weniger umständlich. Im wahrsten Sinne des Wortes.

Tis Hagmann, Büro Ha, 5042 Hirschthal AG

Humoreske

Politichese *)

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Sie wollen von einem Politiker, vorweg von einem unserer «Mitte»-Parteien wissen, wie er zu einer genau definierten Sachfrage steht, die zur Abstimmung gelangt? Nachfolgend seine vielsagenden Antworten.

Frage an den Politiker: «Sind Sie persönlich für oder gegen die Vorlage XYZ? Antworten Sie bitte kurz mit JA oder NEIN».

Antwort des Politikers: «Das ist natürlich eine äusserst wichtige und interessante Frage, die Sie mir stellen, die ich auch erwartet habe, und ich danke Ihnen sehr dafür, sie gestellt zu haben. Es

ist äusserst wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für die Vorlage XYZ interessieren und dass sie dazu ihre berechtigten Fragen an uns Politiker stellen. Denn das Stimmvolk muss wissen, was die Politiker über wichtige Vorlagen denken. Wie soll es sich sonst eine Meinung darüber bilden können ?»

Nachfrage 1 an den Politiker: «Ja gut, sind Sie nun für oder gegen die Vorlage ?»

Antwort des Politikers: «Vielen Dank für diese Nachfrage. Denn sie gibt mir Gelegenheit, hier in einem knappen Wort klipp und klar meine persönliche Haltung darzulegen. Die Befürworter des Projekts bringen gute klare Argumente

Veranstaltungshinweise der JSVP-Kantonalsektionen



Anlässe für die Ausgabe 4/2018 melden an: idee@jsvp.ch – Bitte konsultieren Sie für Details die jeweiligen Homepages!







Vorsicht Insekten: 20'000 Unfälle

Von Dr. Daniel Christen, Eco Swiss

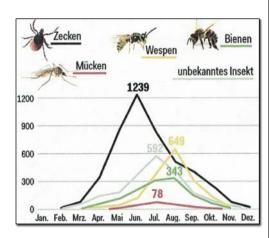
Wespen, Bienen, Zecken und Co. verursachen pro Jahr rund 20'000 Unfälle, davon enden 40 tödlich. Das zeigen Auswertungen der Suva. Damit sind die kleinsten Tiere diejenigen, die Menschen am häufigsten verletzen.

Beim Znüni auf die Wespe statt in den Schokoriegel gebissen oder während dem Waldausflug von einer Zecke gestochen: Insekten und Spinnentiere können dem Menschen ganz schön gefährlich werden. 20'000 Unfälle registrieren die Schweizer Unfallversicherungen pro Jahr. Dabei ist die Hälfte auf Zeckenstiche zurückzuführen. Wespen verursachen jährlich 3'000 Unfälle, Bienen rund 2'300.

Je nach Jahreszeit sind die Plagegeister ver schieden aktiv. Zecken erreichen ihren Höchststand im Monat Juni. Die Bienen treten Anfang August und die Wespen Mitte August am häufigsten auf, wobei die Aktivität der Wespen von Jahr zu Jahr je nach Witterung stark variieren kann. Im Tagesverlauf schlagen Wespen und Bienen zum ersten Mal während der Znünipause zu. Am meisten Unfälle verursachen sie aber am frühen Nachmittag. Mückenstiche hingegen nehmen im Verlauf des Nachmittags zu und

erreichen ihr Maximum in den Abendstunden. Zwar verlaufen die Unfälle mit Insekten und Spinnentieren meist harmlos. Trotzdem können sie gefährlich werden, wenn man sich durch sie ablenken lässt – und deshalb von der Leiter fällt oder mit dem Auto verunfallt. Zu den schweren Unfällen – mit einem Arheitsausfall von mehr als 90 Tagen – zählen 40 Ereignisse pro Jahr. Insektenstiche werden gefährlich, falls jemand allergisch auf sie reagiert. Ein Arzt sollte aufgesucht werden, wenn nebst einer Schwellung an der Stichstelle weitere Symptome dazukommen wie z.B. ein Hautausschlag oder Beschwerden der Atemwege wie etwa Niesreiz.

Sind schon Anzeichen von Atemnot vorhanden oder kommt es zu einer Blutdruck- und Pulsänderung, handelt es sich um einen Notfall. Dies gilt auch, wenn das Insekt in den Mund gestochen hat. Die Schwellung kann so stark werden, dass eine Erstickungsgefahr droht.

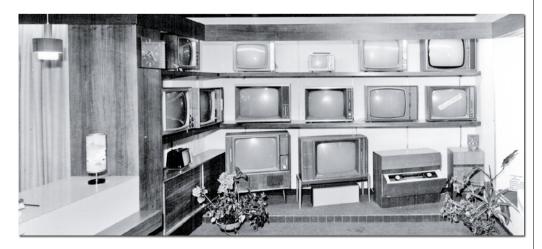


Schadenfällle durch Insekten und Spinnentiere nach Monaten (Schnitt 2006-2015); Quelle: SSUW. 20min

Insektenstiche vermeiden – acht Tipps:

- Bewegen Sie sich in der Nähe von Wespen, Bienen und Hornissen nicht hastig.
- Gehen Sie nicht barfuss. Sie sehen die Insekten im Gras meist erst, wenn es zu spät ist.
- Nahrungsmittel locken vor allem Wespen an. Decken Sie Nahrungsmittel im Freien ab.
- Schauen Sie beim Essen, wo Sie hineinbeissen.
- Nicht direkt aus der Flasche oder aus Dosen trinken. Wespen lieben Süssgetränke und Bier.
- Meiden Sie Orte mit Bienenhäusern, Waldlichtungen oder das Wandern durch Biotope.
- Verzichten Sie auf Parfüm, Haarspray und stark parfümierte Sonnen- und Hautcremes.
- Imprägnieren Sie Ihre Kleidungsstücke mit Insektenschutzmitteln.

Das waren noch Zeiten



Senden auch Sie uns Ihre Fotos von damals für unsere neue Rubrik «Das waren noch Zeiten» an idee@jsvp.ch

JUSO-Funiciello bezeichnet 079-Hörer als sexistisch...





Spenden in WIR

Sie können Spenden an DIE IDEE auch in WIR tätigen. Spenden in WIR bitte BA

an DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern, senden. Konto 119 571-37

IBAN: CH27 0839 1114 9384 7000 0 Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Impressum

Verleger/Chefredaktor

aNationalrat und aGrossrat Thomas Fuchs, 3018 Bern tf@thomas_fuchs.ch

Herausgeber: Förderverein SVP/JSVP

Redaktion DIE IDEE:

Postfach, 3001 Bern

Kantonsrat Benjamin Fischer, Ackerstrassee 39, 8604 Volketswil; Nationalrat, Grossrat und Stadtrat Erich J. Hess, Bern; Rechtsanwalt, Stadtrat und Grossrat Dr. iur. Patrick Freudiger, 4900 Langenthal (BE); Janosch Weyermann, 3018 Bern; Andreas Gerber, Flühbach 374, 3537 Eggiwil; Niels Rosselet-Christ, Place de la Gare 2, 2103 Noiraigue

Telefon: 079 302 10 09 Telefax: 031 398 42 02 Homepage: www.zeitungidee.ch

E-Mail: idee@jsvp.ch

PC-Konto JSVP DIE IDEE 65-269996-5

BIC POFICHBEXXX

IBAN CH91 0900 0000 6526 9996 5

Peter Hofstetter, Lurtigen

Erscheinungsweise: Quartalsweise, deutsch und französisch

Auflage: bis 70'000 Expl.

Abonnemente Schweiz: Fr. 35.-Abonnemente Ausland: Auf Anfrage

Insertionspreise:

Gerne stellen wir Ihnen unsere Preisliste zu.

Anruf genügt (079 302 10 09).

Der Nachdruck ist mit Quellenangabe und Zustellung eines Belegexemplars an die Redaktion gestattet und erwünscht. Gedruckt auf Recycling-Papier.

Gastkommentare und Inserate müssen sich nicht mit der Redaktionsmeinung decken. Wir üben keine Zensur aus, wie dies leider heute bei anderen Medien immer mehr vorkommt.

Vor 50 Jahren: Ende des «Prager Frühlings»

Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann D-53639 Königswinter

Am 20. August 1968, 23h11, werden auf dem Radarschirm des deutschen Bundesnachrichtendienstes die ersten sowjetischen Glitzer im Luftraum Prag gesichtet. Ein russisches Flugzeug täuscht dem dortigen Flugplatz einen «Luftnotfall» vor und bittet um Landung; tatsächlich sind es mehrere Maschinen, die schwerbewaffnete KGB-Truppen befördern. Die Okkupation der CSSR hat begonnen! Unvergesslich sind die Bilder, wie Sowjetpanzer und Einheiten des Warschauer Paktes blutig gegen die aufgebrachte Bevölkerung vorgehen und die Reformbewegungen in der Tschechoslowakei gewaltsam beenden. Bereits Ende Mai hatte der DDR-Staatssicherheitsminister Mielke mit den Worten «Der Kampf gegen die Konterrevolution ist eine internationale proletarische Pflicht» indirekt mit einem Einmarsch gedroht. Die Spitzen der Kommunistischen Partei des Landes (diese hatten am 5. Januar des Jahres den Reformer Dubcek zum Vorsitzenden gewählt), die Spitzen der Regierung und des Parlaments wurden verhaftet und nach Moskau verschleppt. Noch am 24. August erklärt der CSSR-Aussenminister vor dem UN-Sicherheitsrat, entgegen aller Propaganda-Behauptungen des Ostblocks, dass sein Land keine militärische Unterstützung Moskaus angefordert habe und dieses die jetzige Besatzung als Akt der Gewalt verstehe. Nur zwei Tage später enden im Kreml die «Verhandlungen» zwischen den Führungen der CSSR und der UdSSR mit der Unterzeichnung des «Moskauer Protokolls», in dem die Okkupation des Landes «akzeptiert» wird. Am 24. September lobt das SED-Zentralorgan die NVA-Soldaten «für ihren Einsatz» beim Einmarsch in Prag, es erscheint sogar darüber ein Extra-Lied. In Wahrheit hat nach einem Befehl Breschnews kein einziger DDR-Soldat an der Aktion teilgenommen, die Erinnerungen an 1938 waren in dem Lande noch zu frisch... Der illegale Widerstand in der CSSR dauerte noch lange an, immer wieder rufen die Freiheitssender im Untergrund verzweifelt den Westen um Hilfe, die auch dieses Mal nicht erfolgt. Washington will wegen der vom Kreml beherrschten CSSR keinen III. Weltkrieg. Zudem glauben die Amerikaner und auch die Briten bis zur letzten Minute fest daran, dass Breschnew die Tschechoslowakei «mit Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit» nicht überfallen wird. Noch am 31. Juli schätzt das Bundeskabinett in Bonn eine derartige Besetzung als «unwahrscheinlich» ein, was der BND-Präsident Gehlen nur als «so viel Naivität» bezeichnen kann. Seine Männer hatten dem damaligen Staatssekretär von Dohnanyi im auswärtigen Amt die Aufmarschpläne des Warschauer Paktes vorgelegt und ihn - teilweise unter Tränen - zum Reagieren beschworen, vergeblich ...

Der BND erkannte schon am 10. Mai (also drei Monate zuvor) die Gefahr. Es waren die sowjetisch-polnischen Gross-Manöver mit 80'000 Mann und 2'800 Panzern direkt an der Grenze zur CSSR. Elf Tage später erhält er erste Hinweise über grössere Truppenbewegungen in

Richtung CSSR. Ende Juni beginnen in der Tschechoslowakei die Manöver der Staaten des Warschauer-Paktes; doch nach ihrer Beendigung bleiben die sowjetischen Panzer mit gefüllten Tanks und genügend Munition zurück; eine Analyse in Pullach spricht von «brillanter Vorübung für eine spätere Invasion». Am 30. Juli melden die AVACs-Flugzeuge der NATO, an den Grenzen zur CSSR seien nunmehr 20 Ostblock-Divisionen aufmarschiert, die sich in den Wäldern versteckt hielten. Am 18.8.1968 meldet der deutsche Nachrichtendienst nach Bonn: «Starke Anzeichen für einen geplanten Angriff». Am 20. August verstummt kurz nach 21h00 der gesamte Funkverkehr der Truppen des Sowjetblocks - das stets ein sicheres Zeichen für einen bevorstehenden Angriff ist. Zwei Stunden später geht die relative Freiheit der CSSR zu Ende. Der BND hatte damals eine gute «Quelle» in Moskau, sicherlich in hohen Offizierskreisen und angeblich einen Major der sowjetischen Militärspionage GKU in Sachsen. Tatsache ist, dass Pullach einen Mitarbeiter direkt zu Dubcek schickte mit der Warnung vor einer Okkupation – doch auch er konnte an sie nicht glauben.

Die Bundeswehr-Brigade, welche die deutsche Grenze zur CSSR zu sichern hatte, wurde sofort in Marsch gesetzt. Der verantwortliche Offizier, der seine Pflicht erfüllte, hatte wegen seines



Vorgehens indes später in Bonn etliche Schwierigkeiten. Von den an der Grenze stationierten US-Einheiten raste ein Jeep mit zwei schwerbewaffneten Soldaten in die Tschechoslowakei, vergebens versuchten US-Hubschrauber sie zu finden. CSSR-Grenzsoldaten versteckten beide vor den Sowjettruppen, zwei Tage später wurden sie der Landespolizei übergeben. Hätten diese nicht zuvor die Grenzpfähle erneuert, wären die Moskauer Armeen vielleicht ins deutsche Bayern eingedrungen (ihr Kartenmaterial war veraltet). Offen bleibt die schwere - zweifellos unbeliebte Schicksalsfrage: Wäre das völlig überraschte Bonn in einem solchen Fall wirklich handlungsfähig gewesen?

Hätten Sie es gewusst?

Versicherungs-Ratgeber

Schweizerische

Elektrovelo – wie gegen Haftpflicht und Diebstahl versichern?

Ich habe ein Elektrovelo gekauft. Muss ich für die Haftpflicht eine spezielle Versicherung abschliessen oder genügt meine Privathaftpflichtversicherung? Wie kann das E-Bike gegen Diebstahl versichert werden?

Elektrofahrräder (E-Bikes) mit einer elektrischen Tretunterstützung, die bauartbedingt eine Höchstgeschwindigkeit bis 20 km/h mit höchstens 0,50 kW erreichen und mit Tretunterstützung (sog. «Hybridbetrieb») bis max. 25 km/h schnell sind, gelten als «Leicht-Motorfahrräder» (Artikel 18 Buchstabe b der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge VTS). Sie sind bezüglich Haftpflichtversicherung den Fahrrädern gleichgestellt. Für sie musste bis 2011 eine Velovignette gekauft werden - Anfang 2012 fiel dieses Versicherungs-Obligatorium weg und die Haftpflicht wird nun bei den meisten Gesellschaften über die Privathaftpflichtversicherung gedeckt. Elektrofahrräder mit einem Elektromotor bis max. 1 kW, der bei allfälliger Tretunterstützung bis höchstens 45 km/h wirkt, gelten als «Motorfahrrad mit Elektromotor» (Art. 18 Buchstabe a VTS). In diesem Fall müssen Sie das E-Bike durch ein Fachgeschäft prüfen lassen und es besteht eine Versicherungspflicht. Entspricht Ihr Fahrzeug



den Vorschriften, so erhalten Sie in vielen Kantonen eine vom Händler abgestempelte und unterschriebene Bestätigung, mit der Sie die Versicherungsvignette und das Kontrollschild bei der zuständigen Stelle Ihrer Stadt- oder Gemeindeverwaltung beziehen können. In einzelnen Kantonen geben die autorisierten Fachgeschäfte das Kontrollschild und die Vignette auch direkt ab.

Diebstahl über Hausrat- oder Teilkaskoversicherungen gedeckt

Haushalt-Versicherungen bieten für das E-Bike einen umfassenden Versicherungsschutz an. Lesen Sie die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) in Ihrer Police und fragen Sie Ihren Versicherungsberater.



Die Schweiz soll für alle Lebensmittel, also auch für Kaffee, Bananen etc. detaillierte Produktionsvorschriften erlassen. Schweizer Beamte müssen im Ausland Kontrollen durchführen und gegebenenfalls Importe verbieten. Mündige Schweizer Konsumenten werden bevormundet.

2x NEIN zu weniger Auswahl Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität

Das Letzte (im wahrsten Sinne des Wortes)

Das Landgericht Kiel sollte sich schämen. Ein Mann (ohne Angabe der Herkunft) missbraucht im Kreis Segeberg ein Kind, 4 Jahre alt. Das Urteil lautet: Zwei Jahre und vier Monate Gefängnis. Die Sprecherin des Gerichtes sagt dazu im O-Ton: «Strafmildernd hat sich Alkoholisierung und die hohe Haftempfindlichkeit des Täters ausgewirkt. Dann ist er jung, kann kein Deutsch (!) und das Opfer hat die Tat gut weggesteckt». Wie bitte? Ein Skandal! Man sollte diese Richter durch den Ort treiben.

Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, trinkt nicht nur gerne, sondern er ist auch Kettenraucher. In allen Büro's der EU in Brüssel ist das Rauchen verboten. Es gibt eine Ausnahme: Für Juncker musste ein spezieller Rauchabzug in seinem Büro installiert werden, damit er «Ketten-Paffen» kann. Dazwischen einen Cognac oder Pastis zur Abwechslung im tristen EU-Alltag. Das ist also das «Regierungsoberhaupt» der ruhmreichen EU. Und kein Staatssender berichtet dazu und darüber.



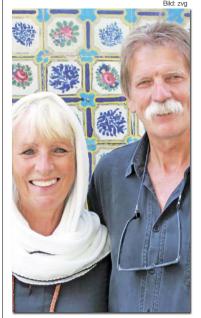
Ursula Haller



Rose an:



Peter Aegerter



Mit ihrem Wohnmobil waren sie ein halbes Jahr unterwegs. Auf 40'000 Kilometer von Thun zur Seidenstrasse. Die frühere Nationalrätin Ursula Haller und ihr Ehemann, der ehemalige Stadtrat Reto Vannini. Die frühere blonde Strahlefrau der SVP war Mitgründerin der BDP und ist unterdessen ergraut. Optimistisch wie eh und je will sie mit allen Kräften die BDP am Leben erhalten und nochmals neu durchstarten. Mangels Nachwuchs musste sie nun mit 70 Jahren wieder das Präsidium der Thuner BDP übernehmen und hat ihren Ehegatten mit dem Vizepräsidium betraut. Vorwärts Marsch!

Die BDP Thun schrumpft und die Mannschaft verlässt das sinkende Schiff. Der Thuner BDP-Parteipräsident Mike Müller trat per sofort zurück. Müller nennt vor allem private Gründe, verhehlt aber auch nicht, dass die Positionierung der Partei nach Mitte-Links im Wahlkampf mit eine Rolle spielte. Im Stadtrat nahmen Susanne Ernst und Claude Schlapbach den Hut und wechselten kurzerhand zur FDP. Mit Peter Aegerter verlässt nun sogar der BDP-Fraktionschef und damit ein drittes Thuner Stadtratsmitglied die BDP. Aegerter wechselt zur SVP und für diese will er auch zu den Wahlen wieder antreten. Da waren es nur noch zwei.

П	
5	
$\overline{\Pi}$	

Ich möchte der Jungen SVP beitreten als □ Aktivmitglied □ Passivmitglied □ Gönner □ Senden Sie mir die Zeitung DIE IDEE ein Jahr lang für nur Fr. 35.– nach Hause. □ Senden Sie DIE IDEE als Geschenk an:							
☐ Wettbewerb: Lösung von Seite 3		_					
Name:	Vorname:	_					
Adresse:		_					
PLZ: Ort:	GebDat.:	_					
Telefon:	E-Mail:	_					
Datum:	Unterschrift:	_					
Talon einsenden an: DIE IDEE , Postfa	nch, 3001 Bern oder per Fax 031 398 42 02						